

28.03.2017

## Antrag

der Fraktion der CDU

### **Rot-grüne Schusslichtbilanz – Nordrhein-Westfalen braucht den politischen Wechsel!**

#### **I. Ausgangslage:**

Unter der Führung der Ministerpräsidentin hat die rot-grüne Landesregierung unser Land in zentralen Feldern auf die Schlussplätze im Ländervergleich geführt. Für Nordrhein-Westfalen waren die vergangenen sieben rot-grünen Jahre sehr schwierige Jahre, die viel Substanz gekostet haben. Der politische Kassensturz zeigt die ungeschönte rot-grüne Schlusslichtbilanz:

#### Nordrhein-Westfalen ist Einbruchsland Nr. 1!

52.578 Wohnungseinbrüche im Jahr machen Nordrhein-Westfalen zum Einbruchsland Nummer 1. Schon 2015 gab es bei uns so viele Einbrüche wie in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt zusammengenommen. Die niedrige Aufklärungsquote von rund 16 % aller Einbruchsfälle macht Nordrhein-Westfalen zu einem äußerst attraktiven Tatort. Viele Menschen fühlen sich nicht mehr sicher.

#### Nordrhein-Westfalen hat die höchste Arbeitslosenquote aller westdeutschen Flächenländer!

Im Ländervergleich rangiert Nordrhein-Westfalen mit einer Arbeitslosenquote von 7,7 % (Stand: Februar 2017) auf Platz 11, noch hinter Thüringen und Sachsen. Die Arbeitslosenquote ist an Rhein und Ruhr um 35 % höher als im Schnitt der westdeutschen Länder und um 22 % höher als im Bundesschnitt. Während die Zahl der Arbeitslosen seit Amtsantritt der Regierung Kraft in den übrigen Bundesländern um 14,6 % gesunken ist, ist sie in Nordrhein-Westfalen nur um 5,6 % gesunken. Bei einer Entwicklung allein im Schnitt der übrigen Länder wären heute 70.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen weniger arbeitslos.

#### Nordrhein-Westfalens Wirtschaft wächst seit 2010 unterdurchschnittlich!

Seit 2010 war das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen – mit Ausnahme von 2014 – stets schwächer als in Deutschland insgesamt. Lag das Wirtschaftswachstum in unserem Bundesland zwischen Anfang 2005 und Anfang 2010 noch um 13,7 % über dem Bundesschnitt, lag es zwischen Anfang 2010 und Ende 2015 um 39 % unter diesem. Im Jahr 2015 landete Nordrhein-Westfalen mit 0 % Wachstum sogar erstmalig in seiner 70-jährigen Geschichte auf dem letzten Platz im Bundesländervergleich. Diese Schwächeperiode hält weiter an: Auch im ersten Halbjahr 2016 lag das Wirtschaftswachstum im Bundesschnitt um knapp 10 % über dem Wachstum in Nordrhein-Westfalen.

Datum des Originals: 28.03.2017/Ausgegeben: 28.03.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

### Nordrhein-Westfalens Industrie schrumpft!

Die wirtschaftliche Entwicklung der Industrie in Nordrhein-Westfalen ist besonders besorgniserregend. So schrumpfte nach Veröffentlichungen des statistischen Landesamtes IT.NRW die Industrie-Produktion 2015 um 2,1 %, während sie im Bundesschnitt um 1,7 % wuchs. Entsprechend ist der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der (nominalen) Bruttowertschöpfung gesunken: Im Jahr 2014 betrug er in Nordrhein-Westfalen nur noch 19,5 %. Bundesweit trug das verarbeitende Gewerbe dagegen 22,2 % zur Bruttowertschöpfung bei, in Bayern 26,5 % und in Baden-Württemberg sogar knapp ein Drittel.

### Nordrhein-Westfalen hat eine schlechte Investitionsquote!

Nach einer Studie von METALL NRW verlagern die Unternehmen der für Nordrhein-Westfalen besonders wichtigen Metall- und Elektroindustrie immer mehr Investitionen ins Ausland. So steigt in dieser Branche, die rund 50 % der industriellen Arbeitsplätze und 50 % der Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe in Nordrhein-Westfalen stellt, die Verlagerung von Produktionsaktivitäten ins Ausland rapide an. Analog verhält es sich mit den Investitionen. Tätigten Unternehmen der Branche 2011 noch zwei Drittel ihrer Investitionen im Inland, werden es 2021 nur noch gut 50 % sein. Das ist De-Industrialisierung durch Des-Investition, die sich im Übrigen durch alle Branchen zieht.

### Nordrhein-Westfalen verliert Industrie- und Gewerbeflächen!

Seit Amtsantritt der Regierung Kraft hat Nordrhein-Westfalen 3.789 ha Industrie- und Gewerbefläche ersatzlos verloren. Das entspricht der aufaddierten Fläche der drei Chemparks in Leverkusen, Dormagen und Krefeld, des ThyssenKrupp-Stahlwerks in Duisburg, des Evonik-Chemieparks in Marl, der Shell-Raffinerie in Wesseling/Godorf, des Hüttenwerks Krupp Mannesmann in Duisburg, des Chemieparks Knappsack in Hürth sowie der Fordwerke in Köln mit insgesamt über 93.000 Arbeitsplätzen.

### Nordrhein-Westfalen ist Stauland Nr. 1!

Im Jahr 2016 gab es in Nordrhein-Westfalen 388.382 Kilometer Stau und 218.046 Staumeldungen. Damit hat sich Staulänge seit dem Jahr 2012 (161.000 Kilometer) mehr als verdoppelt. Nordrhein-Westfalen ist Stauland Nummer 1 in Deutschland, mit verheerenden Folgen für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und die Fahrzeiten von Millionen von Pendlern.

### In Nordrhein-Westfalen leben mehr als eine halbe Million Kinder in Armut!

Fast jedes fünfte Kind ist in unserem Land von Armut betroffen. In keinem anderen westdeutschen Flächenland gibt es eine höhere Kinderarmutsquote als in Nordrhein-Westfalen. Das ist eine schallende Ohrfeige für eine Landesregierung, die sich das Motto „Kein Kind zurücklassen“ auf die Fahnen geschrieben hat. Dass es dabei zunehmend Kinder unter drei Jahren und damit die Kleinsten und Schwächsten unserer Gesellschaft trifft, macht die Situation nur noch dramatischer.

### Nordrhein-Westfalen ist Schlusslicht bei der U3-Betreuungsquote!

Die U3-Betreuungsquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr im Jahr 2016 laut Statistischem Bundesamt um 0,2 Prozentpunkte auf 25,7 % verschlechtert. Nordrhein-Westfalen ist im bundesweiten Vergleich Schlusslicht bei der U3-Betreuungsquote.

### Nordrhein-Westfalen liegt bei den Bildungsausgaben auf dem letzten Platz!

Die Legende der Landesregierung von der Aufholjagd Nordrhein-Westfalens bei der Bildung zerschellt an der Realität. Das offenbaren aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamts. In Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 2014 rund 5900 Euro in die Ausbildung jedes Schülers investiert. Im Bundesdurchschnitt waren es 6700 Euro. Nur Schleswig-Holstein lag noch hinter Nordrhein-Westfalen. Während die Bildungsausgaben je Schüler bundesweit von 2005 bis 2014 um 37 Prozent stiegen, waren es in Nordrhein-Westfalen lediglich 28 Prozent.

Nordrhein-Westfalen hat die schlechteste Betreuungsrelation an Hochschulen!

Während im Jahr 2010 im Schnitt noch eine Professorin oder ein Professor für 82 Studierende in Nordrhein-Westfalen verantwortlich war, erhöhte sich die Zahl bis 2015 auf rund 90. Seitdem SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen regieren, hat sich die Betreuungsrelation damit nicht nur verschlechtert. Der Abstand zu den anderen Ländern ist sogar noch größer geworden. Denn im gleichen Zeitraum gelang es etwa dem Land Thüringen, sein Betreuungsverhältnis zu verbessern. Baden-Württemberg schaffte es, trotz doppelten Abiturjahrgangs und steigender Studierfreudigkeit, das Verhältnis beinahe konstant zu halten.

Nordrhein-Westfalen ist das Hochsteuerland dieser Republik!

Bei einem Blick auf die Kommunalsteuern im Bundesvergleich wird deutlich, dass die rot-grüne Kommunalpolitik vor allem eines zum Ergebnis hat: kommunale Steuererhöhungen. Eine Studie der Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young hebt hervor, dass die nordrhein-westfälischen Kommunen mit Abstand die bundesweit höchsten Hebesätze bei Grundsteuer und Gewerbesteuer haben. Der durchschnittliche Grundsteuer B-Hebesatz liegt in den NRW-Kommunen heute bei 520 Punkten. Damit ist Nordrhein-Westfalen im bundesweiten Vergleich trauriger Spitzenreiter bei den Kommunalsteuern. Auf Platz 2 folgt mit großem Abstand Hessen mit 416 Punkten. Vergleichbar ist auch die Situation bei der Gewerbesteuer. Hier ist Nordrhein-Westfalen ebenfalls Höchststeuerland. Auch bei den Gewerbesteuerhebesätzen nimmt Nordrhein-Westfalen bundesweit mit durchschnittlich 446 Punkten eine gefährliche Spitzenreiterposition ein. Durch die zweimalige Erhöhung der Grunderwerbssteuer hat Rot-Grün die Situation für Bürger und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zusätzlich verschärft.

Nordrhein-Westfalen will 2017 mehr Schulden machen als alle anderen Bundesländer und der Bund zusammen!

Nordrhein-Westfalen ist finanzpolitisches Schlusslicht. In 2017 will Rot-Grün über 1,6 Milliarden Euro neue Schulden machen. Das ist mehr als alle anderen Bundesländer und der Bund zusammen. Der Schuldenberg hat sich zum Ende des Jahres 2016 auf fast 144 Milliarden Euro angehäuft. Seit 1973 hat Nordrhein-Westfalen fast 139 Milliarden Euro an Zinsen ohne Tilgung bezahlt. Somit wurden netto nur 5 Milliarden Euro in die Zukunft investiert – was aber bleibt sind die Schulden und zukünftige Zinsbelastungen.

**II. Der Landtag stellt fest:**

Die rot-grüne Landesregierung steht unserem Land im Weg. Probleme werden nicht gelöst, sondern schöneredet. Die Folge sind Frust und Politikverdrossenheit. In Berlin und Brüssel hat unser Land keine starke Stimme mehr. Unser Land muss dringend von den Schlusslichtplätzen auf die Spitzenplätze geführt werden. Es ist Zeit für frische Ideen, wie wir unser Land auf die Überholspur führen:

Jetzt ist die Zeit für die Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen

Nur echte Strafen schrecken ab. Daher muss eine Mindestfreiheitsstrafe für Wohnungseinbruchdiebstahl von einem Jahr gelten. Nordrhein-Westfalen braucht endlich die Schleierfahndung, 13 Bundesländer machen es erfolgreich vor.. Auch im Kampf gegen Einbrecherbanden sind intelligente und IT-basierte Lösungen notwendig (Predictive Policing).

Jetzt ist die Zeit für mehr Polizei auf der Straße und mehr öffentliche Sicherheit

Wir werden mehr Polizisten einstellen und zusätzlich Polizeiverwaltungskräfte einführen, um die Polizeibeamten von Schreibtischarbeit zu entlasten und so mehr von ihnen in Einsätze entsenden zu können. Wir wollen mehr Videobeobachtung an öffentlichen Plätzen für mehr Sicherheit.

Jetzt ist die Zeit für eine umfassende Kurskorrektur in der Wirtschaftspolitik

Die Politik des Landes muss sich wieder an Wohlstand, Beschäftigung und Wachstum ausrichten. Dazu müssen wir unseren Unternehmen Freiräume zurückgeben, Bürokratie abbauen und eine Zukunfts- und Entlastungsoffensive für den Mittelstand starten, die den Standort Nordrhein-Westfalen für kleine, mittlere und große Unternehmen attraktiver macht.

Jetzt ist die Zeit für kluge Investitionen

Wachstum braucht nicht nur Freiräume, sondern auch Anschub. Wir wollen Existenzgründer besser fördern und für schnelles Internet, auch im ländlichen Raum, sorgen. Durch eine grundlegende Reform der Kommunal Finanzen und eine Zurückführung der Grunderwerbssteuer wollen wir die Steuererhöhungsspirale für den Mittelstand und die Bürger durchbrechen. Das hilft auch jungen Familien, Wohneigentum zu erwerben.

Jetzt ist die Zeit für neue Mobilität und freie Fahrt

Wachstum braucht auch Wege. Der Aus- und Neubau von Straßen und Brücken ist deshalb dringend notwendig. Dafür gilt es Planungen voranzutreiben und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, um alle Bundesmittel für den Fernstraßenbau abrufen zu können. Wir brauchen auch mehr Investitionen in den Neubau von Landesstraßen. Staus müssen durch intelligentes Baustellen-, Unfall- und Verkehrsmanagement besser verhindert werden.

Jetzt ist die Zeit für eine wirksame Bekämpfung der Kinderarmut

Wir wollen Kinderarmut bekämpfen und sind im Gegensatz zu SPD und Grünen der Überzeugung, dass weder neue Schulden noch staatliche Sonderprojekte die Ursachen von Armut beheben können. Der Schlüssel gegen Kinderarmut ist vielmehr eine bessere Wirtschaftspolitik, die die Potenziale Nordrhein-Westfalens freisetzt und die von Armut bedrohten Familien in Lohn und Brot bringt. Andere Bundesländer haben vorgemacht, dass es gerade in Zeiten der Hochkonjunktur möglich ist, durch eine richtige Prioritätensetzung in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen die Kinderarmut abzusenken. Was in den Neuen Bundesländern funktioniert hat, ist auch in Nordrhein-Westfalen möglich.

Jetzt ist die Zeit für passgenaue Betreuungsangebote

Wir wollen passgenaue Angebote für Eltern schaffen. Dazu gehört neben einem Ausbau der U3-Plätze auch ein Ausbau der Ü3-Betreuungsplätze. Auch die Tagespflege als Betreuungsform wollen wir durch die Einführung landeseinheitlicher Standards stärken.

Jetzt ist die Zeit für mehr Unterricht und Qualität an den Schulen

Bei den Leistungsvergleichen liegt Nordrhein-Westfalen auf den hinteren Rängen, deshalb muss die Unterrichtsqualität verbessert werden. Dies wollen wir durch eine Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer etwa bei der Umsetzung der Inklusion, bei der Beschulung von Flüchtlingen oder bei bürokratischen Vorgaben erreichen. Die Schulen benötigen daher dringend Schulverwaltungsassistenten, mehr Schulsozialarbeiter, eine bessere Ausstattung für die Nutzung von digitalen Medien und die Instandsetzung der Schulgebäude. Der Unterrichtsausfall muss digital und schulscharf erfasst und dann gezielt bekämpft werden, auch durch die Schaffung einer ausreichenden Vertretungsreserve.

Jetzt ist die Zeit für mehr Wahlfreiheit und gelingende Inklusion

Wir wollen jedem Gymnasium in Nordrhein-Westfalen die Wahl lassen, ob es wieder zu einem echten G9 zurückkehren oder beim G8-Modell bleiben möchte. Eltern behinderter Kinder sollen ebenfalls frei selbst entscheiden können, ob ihr Kind auf eine Förder- oder eine Regelschule geht. Wir wollen zudem keine weitere Förderschule schließen, solange die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für eine gelingende Inklusion an den Regelschulen fehlen.

Jetzt ist die Zeit für Spitzenforschung und Spitzenlehre an den Hochschulen

Das Land muss ein angemessenes Studierenden-Lehrenden-Verhältnis an unseren Hochschulen ermöglichen. Dafür müssen alle Bereiche auf den Prüfstand gehoben und Gelder gezielter eingesetzt werden. Die Hochschulfinanzen müssen auf dieser Basis neu aufgestellt werden – ohne die Einführung von Studiengebühren. Unsere Hochschulen sollen wieder mehr Freiheiten und Autonomie erhalten und selbst darüber entscheiden, worüber sie forschen und mit wem sie dabei kooperieren.

Jetzt ist die Zeit für eine generationengerechte Haushaltspolitik

Je stärker unsere Wirtschaft wächst, desto leichter fällt die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte aufgrund steigender Einnahmen. Hierfür braucht es gute Rahmenbedingungen für Gründungen, Investitionen sowie Forschung und Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Wir dürfen die Wirtschaft nicht mit Bürokratie fesseln. Seit 1991 ist die Wirtschaft in den westdeutschen Ländern um ca. 10 Prozentpunkte stärker gewachsen als in Nordrhein-Westfalen. Ohne diesen Wachstumsrückstand hätten Land und Kommunen heute jährlich gut 3 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen.

**III. Der Landtag beschließt:**

1. Nordrhein-Westfalen muss zurück an die Spitze der deutschen Länder.
2. Nordrhein-Westfalen soll bald wieder ein Land sein,
  - in dem sich die Menschen in den eigenen vier Wänden sicher fühlen,
  - in dem sich die Politik wieder an Wohlstand, Beschäftigung und Wachstum ausrichtet,
  - in dem auch Langzeitarbeitslose wieder eine Chance haben,
  - in dem unternehmerischer Mut belohnt wird,
  - in dem Investitionen in die Zukunft möglich sind,
  - in dem Kinderarmut aktiv und wirksam bekämpft wird,
  - in dem passgenaue Betreuungsangebote für Eltern geschaffen werden,
  - in dem beste Bedingungen für die Bildung herrschen,
  - in dem freien Hochschulen Spitzenforschung betreiben und Studenten zu guten Bedingungen ausbilden,
  - in dem Stau nicht die Regel sondern die Ausnahme ist,
  - in dem die Steuern auf einem fairen Niveau liegen.
3. Der Landtag Nordrhein-Westfalen fordert die Landesregierung deshalb auf, umgehend eine umfassende Kurskorrektur in der Sicherheits-, Finanz-, Wirtschafts-, Bildungs- und Verkehrspolitik vorzunehmen.

Berger, Dr. Stefan  
Bergmann, Dr. Günther J.  
Biesenbach, Peter  
Birkhahn, Astrid  
von Boeselager, Ilka  
Bunse, Dr. Antoinette  
Burkert, Oskar  
Deppe, Rainer  
van Dinther, Regina

Doppmeier, Ursula  
Fasse, Marie-Luise  
Fehring, Hubertus  
Golland, Gregor  
Grunendahl, Wilfried  
Güler, Serap  
Haardt, Christian  
Hachen, Dr. Gerd  
Hausmann, Wilhelm Norbert  
Hegemann, Lothar  
Hendriks, Heiko  
Hovenjürgen, Josef  
Jostmeier, Werner  
Kaiser, Klaus  
Kamieth, Jens  
Kerkhoff, Matthias  
Kern, Walter  
Klöpper, Rita  
Korte, Kirstin  
Krückel, Bernd  
Kruse, Theo  
Kuper, André  
Laschet, Armin  
Lienenkämper, Lutz  
Lohn, Werner  
Middendorf, Claudia  
Milz, Andrea  
Möbius, Christian  
Moritz, Arne  
Müller, Holger  
Nettekoven, Jens-Peter  
Nettelstroth, Ralf  
Optendrenk, Dr. Marcus  
Ortgies, Friedhelm  
Post, Norbert  
Preuß, Peter  
Rehbaum, Henning  
Rickfelder, Josef  
Scharrenbach, Ina  
Schemmer, Bernhard  
Schick, Thorsten  
Schittges, Winfried  
Schmitz, Hendrik  
Schulze Föcking, Christina  
Seel, Rolf  
Sieveke, Daniel  
Solf, Michael-Ezzo  
Spiecker, Rainer  
Stein, Robert  
Sternberg, Prof. Dr. Dr. Thomas  
Tenhumberg, Bernhard  
Thönnissen, Ulla  
Uhlenberg, Eckhard

Vogt, Petra  
Voßeler, Margret  
Vossemer, Klaus  
Wirtz, Axel  
Wirtz, Josef  
Wüst Hendrik